

### Trockenwäsche statt Vollwaschprogramm

Streit in Sachsen-Anhalt um Konjunkturpaket des Landes / LINKE legt Elf-Punkte-Plan vor

*Von Hendrik Lasch, Magdeburg*

**In Sachsen-Anhalt wird darüber gestritten, wie das Land das Konjunkturpaket des Bundes stützen soll. Die LINKE verlangt energisches Handeln, der CDU-Regierungschef will vor allem eines: keine neuen Schulden.**

Geschenke werden gern entgegengenommen. Das trifft auch für die Konjunkturlieferungen des Bundes zu. Rund 475 Millionen Euro aus dem in Berlin gestopften Füllhorn könnten sich über Sachsen-Anhalt ergießen. Für die Verwendung gebe es »Ideen zuhauf, Begehrlichkeiten noch viel mehr«, sagte Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) in einem Interview mit der »Magdeburger Volksstimme«. Vor allem Kommunen hegen große Erwartungen auf neue Investitionsmittel.

Wie viele Kämmerer indes Geld für Schulsanierung oder Straßenbau erhalten, ist unklar, nachdem in Magdeburg ein veritabler Streit über die Beteiligung des Landes an dem Konjunkturpaket entbrannt ist. Zwar wehrt sich das Land nicht gegen dessen Verabschiedung in Berlin. Ein ergänzendes eigenes Hilfsprogramm legt die Regierung unter Ministerpräsident Wolfgang Böhmer aber nicht auf. Der CDU-Politiker warnt vielmehr immer wieder vor einer »ungebremsten Neuverschuldung«. Darin ist er sich mit seinem SPD-Kassenwart einig. Bullerjahn betont, den Landesanteil von 120 Millionen Euro »aus dem eigenen Topf aufbringen« zu wollen. Angesichts von 20 Milliarden Euro Schulden wolle er »nicht von unserem Konsolidierungspfad abweichen«.

Diese Haltung ist nach Ansicht der LINKEN freilich schizophren. Wer das auf Pump finanzierte Berliner Paket in Anspruch nehme, selbst aber kein Geld borgen wolle, verfare nach der Devise, »dass der Pelz gewaschen werden soll, ohne ihn nass zu machen«, sagt Fraktionschef Wulf Gallert, der Regierungschef Böhmer in einer Debatte im Landtag vorhielt, »nur das Allernötigste« zu unternehmen. Statt einer halbherzigen Trockenwäsche verlangt die LINKE aber eine Art Vollwaschgang und legt dazu ein elf Punkte umfassendes Konjunkturpaket vor. Das sei nicht zuletzt deshalb notwendig, weil das »auf nationaler Ebene ohnehin magere« Paket im Land »eher unterdurchschnittliche Wirkung erzielen« werde: die Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft liefen angesichts der vielen Arbeitslosen und Rentner weitgehend ins Leere, und Hilfen für große Unternehmen nützten nichts in einem Land, dessen Wirtschaft überwiegend aus Mittelständlern bestehe.

Was die Firmen anbelangt, versprach Böhmer Hilfe für solche Betriebe, die lediglich Liquiditätsprobleme haben. Dafür gebe es ausreichend Landesprogramme. Betrieben, für deren Produkte es an Nachfrage fehle, werde man dagegen »nur sehr begrenzt helfen können«. Das gleiche gelte für hoch verschuldete Kommunen. Sie erwarteten oft, dass sie »alles ohne Gegenleistung geschenkt bekommen«. Der CDU-Mann stellte nur Darlehen in Aussicht und forderte eine Eigenbeteiligung – die notfalls über Schulden zu bezahlen wäre.

Dagegen verlangt die LINKE vom Land, auf eine Kofinanzierung der Investitionsmittel durch die Kommunen »weitgehend zu verzichten« und den Eigenanteil von 120 Millionen selbst zu übernehmen. Auch SPD-Fraktionschefin Katrin Budde sieht das Land in der Pflicht mitzuhelfen, »dass die Kommunen die Bundesmittel voll ausschöpfen können«.

Das Paket der LINKEN geht über die Verteilung von Mitteln für Schulen, Kitas und Straßen hinaus. So soll das Land 700 Neueinstellungen im öffentlichen Dienst vornehmen. Zudem solle sich die Regierung dafür einsetzen, dass zusätzliche Mittel im Bereich des Arbeitslosengelds II für ein Beschäftigungsprogramm genutzt werden dürfen, in dem ein Mindestlohn gezahlt wird. Damit könnten 2500 Arbeitsplätze entstehen. Insgesamt kostet das Paket der LINKEN nach deren Berechnungen das Land in den Jahren von 2009 bis 2011 jeweils zwischen 119 und 167 Millionen Euro. Sachsen-Anhalt müsse einen eigenen Beitrag zur wirtschaftlichen Belebung leisten, erklärt Gallert – »selbst wenn dies zu einer Neuverschuldung führt«.